



Landratsamt Fürth
Amtsperiode 2026/2032

Niederschrift über die öffentliche 2. Sitzung des Bauausschusses (Sondersitzung)

Sitzungsdatum:	Dienstag, 04.08.2026
Beginn:	08:30 Uhr
Ende	10:46 Uhr
Ort:	Landratsamt Fürth, Im Pinderpark 2, Besprechungszimmer 0.36

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzender

Landrat Obst, Bernd

Ausschussmitglieder

Kreisrat Bauereiß, Jörg	
Kreisrätin Egerer, Jutta	
Kreisrat Ell, Christian, 1. Bürgermeister	
Kreisrat Fakher, Simon	Vertretung für Herrn Daniel Kempe
Kreisrat Gegner, Rainer, 1. Bürgermeister	
Kreisrat Haag, Hans	
Kreisrat John, Klaus	
Kreisrätin Plevka, Melanie, 2. Bürgermeisterin	Vertretung für Herrn Hermann Zempel
Kreisrat Rötsch, Simon, 3. Bürgermeister	
Kreisrat Ruf, Fritz	
Kreisrat Schikora, Norbert	Vertretung für Herrn Michael Kimberger
Kreisrätin Schlager, Anni	
Kreisrat Tiefel, Johann	Vertretung für Herrn Thomas Peter
Kreisrat Zimmermann, Bernd, 1. Bürgermeister	Vertretung für Herrn Uwe Emmert

Schriftführer/in

Greger, Yvonne Verwaltungsangestellte

Verwaltung

Egerer, Klaus Dipl. Ing. (FH) M.Eng. Architekt
Hofmeister, Franziska Oberregierungsrätin
Knoll, Benjamin Verwaltungsrat
Kohler, Martin Verwaltungsrat
Nitschka, Karen Verwaltungsfachangestellte

Presse

Reitzner, Hans-Peter Fürther Nachrichten

Gäste

Bloß, Clemens EnergieAllianz Fürth GmbH

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Kreisrat Emmert, Uwe
Kreisrat Kempe, Daniel
Kreisrat Kimberger, Michael
Kreisrat Peter, Thomas
Kreisrat Zempel, Hermann

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- 1 Genehmigung der Niederschrift über die 1. öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 29.06.2026 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage
- 2 Mitteilungen
- 2.1 Landkreis Fürth - Hochbaumaßnahmen; Aktueller Kostenstand **179/2026**
- 2.2 Landkreis Fürth - Alle Schulen; Sachstand Hitzesituation Schulgebäude **180/2026**
- 2.3 Landratsamt Fürth - Dienststelle Zirndorf, Umbau und Sanierung PP2 und PP7; Aktueller Entwurfsstand und Variantenuntersuchungen (LPH 2) **181/2026**
- 2.4 Landratsamt Fürth - Dienststelle Zirndorf, Umbau und Sanierung PP2 und PP7; Sachstand Haufwerke **182/2026**
- 2.5 Schulcampus Langenzenn - Neubau Gymnasium; Aktueller Entwurfsstand und laufende Variantenuntersuchungen (LPH2) **183/2026**
- 2.6 Dillenbergschule Cadolzburg - Erweiterung Allwetterplatz; Fertigstellung der Maßnahme **188/2026**
- 3 Schulcampus Langenzenn - Neubau Gymnasium; Parkplatzstellflächen **185/2026**
- 4 Gymnasium Langenzenn - Errichtung Raummodule; Ausschreibung Möbel - ABGESETZT **186/2026**
- 5 Neubau Gymnasium Cadolzburg; Aktueller Entwurfsstand und laufende Variantenuntersuchungen (LPH 2) **187/2026**
- 5.1 Abstimmung Punkt 1, 2
- 5.2 Abstimmung Punkt 3
- 6 Übernahme von PV-Bestandsanlagen **192/2026**
- 7 Anfragen

Landrat Bernd Obst eröffnet um 08:30 Uhr die 2. Sitzung des Bauausschusses (Sondersitzung). Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Bauausschusses fest.

TOP 4 Gymnasium Langenzenn - Errichtung Raummodule; Ausschreibung Möbel (Vorlage 186/2026) – Der Tagesordnungspunkt wird **abgesetzt**. Die Beratung wird auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

Gegen die geänderte Tagesordnung bestehen keine Einwendungen.

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung der Niederschrift über die 1. öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 29.06.2026 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage
--------------	--

Gegen die Niederschrift über die 1. öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 29.06.2026 und die Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage bestehen keine Einwendungen.

Einstimmig beschlossen Ja 15 Nein 0

TOP 2	Mitteilungen
TOP 2.1	Landkreis Fürth - Hochbaumaßnahmen; Aktueller Kostenstand

Kreisrat Norbert Schikora (B'90/Die Grünen) betont, dass die Sparkommission das Thema ausführlich erörtert hat und grundsätzlich Einigkeit besteht, den bereits beschlossenen Weg zu verfolgen. Er warnt jedoch, dass eine Anhebung der Hebesätze viele Kommunen überfordern könnte (Beispiele: Cadolzburg — Anteil an der Erschließungsstraße, Oberasbach — Pflicht zum Bau einer Grundschule mit unklarer Kreditbewilligung) und damit die Umsetzung gefährdet ist.

Der **Vorsitzende** betont, dass allen Anwesenden die Lage der Kommunen bewusst ist. Er äußerte Unverständnis über die mahnenden Einwände der Grünen. Die gestrige Sparkommission hat sich fünf Stunden intensiv mit den Investitionen in Schulbauten beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass dem Landkreis keine wirtschaftlich tragfähigen Alternativen zur vorgeschlagenen Vorgehensweise bekannt sind. Dabei informiert er umfassend über die geprüften Optionen, die alle für den Landkreis unwirtschaftlich sind. Abschließend teilt er den Beschluss der Spar- und Strategiekommission mit, wonach das Gremium geschlossen hinter den bereits eingeleiteten Maßnahmen steht und die Verwaltung künftig immer die für den Landkreis wirtschaftlichste Lösung vorschlagen wird. Zudem ist ihm nicht bekannt, dass Cadolzburg sich den Eigenanteil an der Straße nicht leisten kann.

Kreisrat Norbert Schikora (B'90/Die Grünen) bestätigt, dass der Landkreis verantwortungsvoll handelt, weist jedoch darauf hin, dass Vorhaben nicht realisierbar sind, wenn die erforderlichen Mittel fehlen. Sollte eine Umlagenerhöhung für die Kommunen nicht finanzierbar sein, sieht er die Gefahr, dass auch der Landkreis in ähnliche Finanzierungsprobleme geraten könnte.

Kreisrätin Jutta Egerer (CSU) schließt sich den Ausführungen des Vorsitzenden an und weist darauf hin, dass der Landkreis derzeit 48 Interimsgebäude an Schulen betreibt und weitere geplant sind. Diese Zahl entspricht bereits in etwa einer eigenen Schule. Ihrer Auffassung nach hätte der Schulbau früher beginnen müssen, die Schule müsste eigentlich schon stehen. In ih-

rer Funktion als Marktgemeinderätin widerspricht sie ausdrücklich den Ausführungen von Kreisrat Schikora, Cadolzburg könne seine Pflichtaufgaben nicht erfüllen.

Kreisrat Simon Fakher (AfD) schließt sich an. Er weist auf die ausführliche Beratung in der Sparkommission hin, an der sich die Grünen-Fraktion kaum beteiligt hat. Er bittet, nun konkret in die Tagesordnung einzusteigen und die Beratung zu beginnen.

Auf Nachfrage von **Kreisrat Johann Tiefel** (FDP) zur geringen Förderhöhe in den aktuellen Kostenaufstellungen, erläutert **Martin Kohler** (Finanzverwaltung), dass die Förderhöhe noch nicht final abgestimmt und in den Übersichten noch aktualisiert wird. Er geht von einer 45 % FAG-Basisförderung für den kommunalen Schulbau und einem 5 % Bonus aus dem Sondervermögen aus.

Zur Kenntnis genommen

TOP 2.2 Landkreis Fürth - Alle Schulen; Sachstand Hitzesituation Schulgebäude

Der **Vorsitzende** fasst die Mitteilung zusammen.

Kreisrat Simon Fakher (AfD) fragt nach der Möglichkeit, in bestehenden Schulgebäuden eine Fußbodenkühlung nachzurüsten. **Klaus Egerer** (Gebäudewirtschaft) antwortet, dass dies technisch allenfalls an der Realschule Langenzenn möglich wäre. Da die Schule jedoch mittelfristig in die Trägerschaft der Stadt übergeht, wird eine entsprechende Investition als schwierig angesehen.

Kreisrätin Melanie Plevka (SPD) informiert darüber, dass nach den Regelungen des BayEUG bei außergewöhnlichen Hitzesituationen für höhere Klassen auch Distanzunterricht möglich ist. **Klaus Egerer** ergänzt, dass die Verantwortung für den Umgang mit Hitze an Schulen nicht allein bei der Kreisverwaltung, sondern auch bei den Schulleitungen liegt. Die Kreisverwaltung kann hierbei unterstützend tätig werden.

Der **Vorsitzende** verweist auf bereits umgesetzte Maßnahmen, wie den Austausch der vorhandenen Verschattung an der Realschule Zirndorf und auf Gespräche mit der Schulleitung zu weiteren Optionen. Er sieht auch im schulorganisatorischen Bereich noch Handlungsmöglichkeiten. Darüber hinaus ist auch das Kultusministerium gefordert, auf die klimatischen Veränderungen zu reagieren.

Zur Kenntnis genommen

TOP 2.3 Landratsamt Fürth - Dienststelle Zirndorf, Umbau und Sanierung PP2 und PP7; Aktueller Entwurfsstand und Variantenuntersuchungen (LPH 2)

Kreisrat Fritz Ruf (FW) kritisiert die geplante kostenintensive Hybridbauweise. Er regt an zu prüfen, ob stattdessen wieder auf konventionelles Mauerwerk bzw. Ziegelbauweise zurückgegriffen werden sollte, da diese Bauweise nach seiner Einschätzung etwa nur die Hälfte der Kosten pro Quadratmeter verursacht. Als Beispiel nennt er ein Projekt in Wilhermsdorf. Die Massivbauweise ist aus seiner Sicht nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch nachhaltiger und bietet zudem Vorteile im Hinblick auf die Hitzeproblematik.

Klaus Egerer (Gebäudewirtschaft) stellt klar, dass noch keine Festlegung auf eine Bauweise erfolgt ist. Im Rahmen der Variantenuntersuchung sollen verschiedene Bauweisen einschließlich der konventionellen Bauweise gegenübergestellt und hinsichtlich Kosten sowie klimatischer Vor- und Nachteile bewertet werden. Die Ergebnisse sollen in der Sitzung im September vorgestellt und anschließend im Gremium beraten und entschieden werden.

Kreisrat Bernd Zimmermann (CSU) unterstützt die Aussage von Kreisrat Ruf. Er berichtet über ein Bauvorhaben der Gemeinde Obermichelbach (Rathausanbau), bei dem ursprünglich eine Holz-Hybridbauweise vorgesehen war, letztlich jedoch durch die Umstellung auf Mauerwerk bzw. Beton massivste Einsparungen erzielt worden sind.

Kreisrat Simon Rötsch (B'90/Die Grünen) äußert sich technologieoffen. Er weist darauf hin, dass die Holz-Hybridbauweise hinsichtlich der geringen thermische Masse sowie des höheren Materialeinsatzes kritisch zu bewerten ist. Von besonderem Interesse sind für ihn die Möglichkeiten des Gebäudetyps E.

Kreisrat Johann Tiefel (FDP) spricht die Zuständigkeit der Projektsteuerung an. Er geht davon aus, dass die genannten Aspekte im Rahmen der weiteren Planung nachhaltig diskutiert und entsprechende Vorschläge für das Gremium erarbeitet werden.

Der **Vorsitzende** fasst die Diskussion zusammen und stellt fest, dass im Gremium eine große Offenheit gegenüber der konventionellen Ziegelbauweise besteht.

Zur Kenntnis genommen

TOP 2.4	Landratsamt Fürth - Dienststelle Zirndorf, Umbau und Sanierung PP2 und PP7; Sachstand Haufwerke
----------------	--

Der **Vorsitzende** stellt die Mitteilung vor.

Zur Kenntnis genommen

TOP 2.5	Schulcampus Langenzenn - Neubau Gymnasium; Aktueller Entwurfsstand und laufende Variantenuntersuchungen (LPH2)
----------------	---

Klaus Egerer (Gebäudewirtschaft) stellt die Planungen für das Gymnasium Langenzenn vor.

Kreisrätin Anni Schlager (CSU) erkundigt sich nach dem aktuellen Planungsstand der Kreisstraße. Sie möchte wissen, wo künftig die Ortsdurchfahrt endet und ab welchem Bereich der Ortseingang Langenzenn vorgesehen ist. **Klaus Egerer** antwortet, dass hierzu noch Abstimmungen mit der Verkehrsbehörde ausstehen. Auch die Breite der neuen Ringstraße wird insbesondere im Hinblick auf den Begegnungsverkehr noch abgestimmt. Die Straße soll auch von landwirtschaftlichen Fahrzeugen genutzt werden können.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden**, ob bei der Variantenuntersuchung für das Tragwerk auch die konventionelle Bauweise (Ziegelbauwerk) mit betrachtet wird, erläutert **Klaus Egerer**, dass der Entwurf vorsieht, dass die beiden Sockelgeschosse mit einem Ziegelklinkerwerk verkleidet werden.

Kreisrat Simon Rötsch (B'90/die Grünen) bewertet es als guten Ansatz, dass die ursprünglich geplanten 3-fach- und 2-fach Turnhalle nun als 5-fach Sporthalle für den gesamten Schulcampus errichtet wird. Kritisch sieht er den Zeitplan. Die Interimsbauten sind ab dem Schuljahr 2026/27 auf fünf Jahre befristet. Gleichzeitig ist vorgesehen, dass im Jahr 2031 am Schulstandort Langenzenn noch 1007 Schülerinnen und Schüler untergebracht werden müssen, während der Vorentwurf für das neue Gymnasium lediglich eine Kapazität von 850 Schülerinnen und Schülern vorsieht. Hier sieht er eine Diskrepanz. Da der Umzug im Schuljahr 2031/32 erfolgen soll, um das bisherige Gymnasium für den Umbau zur Realschule freizumachen, fragt er, wie diese Übergangsphase bewältigt werden soll.

Klaus Egerer erklärt, auf dem zukünftigen Bereich der 5-fach Sporthalle wird demnächst ein weiterer Interimsbau errichtet, welcher bis zur Fertigstellung des Schulgebäudes stehen bleiben wird. Die 5-fach Sporthalle wird daher nicht zeitgleich mit dem Schulgebäude fertiggestellt, sondern nachgezogen. Die Stellung des Interimsbaus an anderer Stelle ist aufgrund fehlenden Platzes und mangels Baurechts nicht möglich. Die Differenz der Kapazität der Schülerinnen und Schüler muss durch den weiteren Bestand eines der beiden Interimsgebäude kompensiert werden.

Kreisrat Simon Rötsch (B'90/die Grünen) fragt, ob das Gymnasium Langenzenn größer gebaut werden kann und in welchem Umfang die geplanten Flächen dem geförderten Raumprogramm entsprechen.

Franziska Hofmeister (Finanzen, Kreiseinrichtungen, Mobilität und Verkehr) erläutert, dass für die Standorte Langenzenn und Cadolzburg jeweils von der Regierung genehmigte Raumprogramme für eine 3,5-Zügigkeit vorliegen. Diese werden vollständig gefördert. Der Landkreis errichtet ausschließlich die förderfähigen Flächen. Eine Vergrößerung des Gymnasiums in Langenzenn bei gleichzeitigem Verzicht auf Cadolzburg – oder umgekehrt – ist umfassend geprüft worden. Dies hätte jedoch zu einer sogenannten „Schulfabrik“ geführt. Nach intensivem Austausch mit dem Ministerium wird ein solches Konzept nicht empfohlen.

Kreisrat Simon Rötsch (B'90/die Grünen) verweist auf den Neubau des Helene-Lange-Gymnasiums in Fürth, das auf einem innerstädtischen begrenzten Campus für 1.500 Schülerinnen und Schüler ausgelegt wird. Er fragt, weshalb ein solches Konzept dort möglich ist, in Langenzenn jedoch nicht.

Franziska Hofmeister erläutert, dass ihr keine Informationen zu den Fördervorgaben in Fürth vorliegen. Das Thema ist in der gestrigen Sitzung der Sparkommission intensiv diskutiert worden. Dort ist auch erörtert worden, ab wann eine Schule als überdurchschnittlich groß gilt. Nach dem Willen der Sparkommission sind Schulgrößen von über 1.400 Schülerinnen und Schülern, wie sie bei einem Verzicht auf den Standort Cadolzburg entstehen würden, aus schulorganisatorischen Gründen nicht gewünscht und würden vom Ministerium nicht genehmigt. Zudem ist in Langenzenn die Campuslösung mit Gymnasium und Realschule zu berücksichtigen, wo sich ohnehin viele Schülerinnen und Schüler an einem Standort befinden.

Der **Vorsitzende** ergänzt, dass bei der Bewertung auch die Schülerströme und Fahrwege berücksichtigt werden müssten.

Kreisrat Johann Tiefel (FDP) geht davon aus, dass der Stadt Fürth keine unbegrenzten Flächen für den Schulbau zur Verfügung stehen und die Größe der Schule möglicherweise der begrenzten Grundstückssituation geschuldet ist.

Klaus Egerer berichtet von einem Baustellenbesuch in Fürth. Dort besteht der Wunsch nach mehr Fläche und einer kleineren Schule. Aufgrund des begrenzten Grundstücks würden beispielsweise 3-fach Sporthallen übereinandergestapelt, dennoch stünden nicht ausreichend Sportflächen zur Verfügung.

Kreisrat Simon Rötsch (B'90/die Grünen) hält die Errichtung von zwei Gymnasien grundsätzlich für die bessere Lösung. Der Landkreis müsse aber offen kommunizieren, dass er sich für die aus seiner Sicht bessere schulische Lösung und nicht für die wirtschaftlichste Variante entscheidet.

Der **Vorsitzende** entgegnet, dass die Wirtschaftlichkeit eng mit der Förderfähigkeit verknüpft ist. Bei einer deutlich größeren Schule wäre die staatliche Förderung infrage gestellt. **Franziska Hofmeister** ergänzt, dass die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung nicht allein auf die Größe der Schulen reduziert werden kann. Für beide Gymnasien sind die Planungen bereits weit fortgeschritten und erste Verträge vergeben. Der Zeitplan ist darauf ausgerichtet, dass die Schulen zum Schuljahr 2031/32 bezogen werden können. Würde nun das Gymnasium Langenzenn größer geplant und das Gymnasium Cadolzburg nicht weiterverfolgt, müssten die Planungen neu begonnen, Vergabeverfahren erneut durchgeführt und bereits entstandene Kosten sowie

mögliche Schadenersatzforderungen berücksichtigt werden. Zudem würde sich die Fertigstellung erheblich verzögern, sodass die Schülerinnen und Schüler das neue Schulgebäude nicht wie geplant zum Schuljahr 2031/32 beziehen könnten. All diese Aspekte sind in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einzubeziehen. Nach Auffassung der Verwaltung stellt das derzeitige Vorgehen die wirtschaftlichste Lösung dar.

Kreisrätin Melanie Plevka (SPD) verweist auf die Präsentation zur Schulentwicklung im letzten FV-Gespräch. Das Fazit zeigt, dass der Vorschlag der Verwaltung nach bereits angefallenen Grunderwerbs- und Planungskosten von rund 4,7 Mio. Euro die wirtschaftlichste Lösung darstellt. Im Falle einer Änderung der Planungen würden zudem Schadenersatzleistungen von rund 5,4 Mio. Euro anfallen.

Der **Vorsitzende** dankt für die intensive Diskussion. Er verweist nochmals auf den Beschluss der Spar- und Strategiekommission mit, wonach das Gremium geschlossen hinter den bereits eingeleiteten Maßnahmen steht und die Verwaltung künftig immer die für den Landkreis wirtschaftlichste Lösung vorschlagen wird.

Kreisrat Fritz Ruf (FW) möchte wissen, ob der Landkreis anstelle des Clusterprinzips auch eine andere Bauweise wählen könnte. **Klaus Egerer** erläutert, dass derzeit keine anderen Schulformen gefördert werden.

Zur Kenntnis genommen

TOP 2.6	Dillenbergschule Cadolzburg - Erweiterung Allwetterplatz; Fertigstellung der Maßnahme
----------------	--

Der **Vorsitzende** stellt die Mitteilung vor.

Zur Kenntnis genommen

TOP 3	Schulcampus Langenzenn - Neubau Gymnasium; Parkplatzstellflächen
--------------	---

Der **Vorsitzende** stellt die Vorlage vor.

Kreisrätin Melanie Plevka (SPD) schlägt vor, eine Querungshilfe vom Parkplatz zur Schule einzuplanen, da die Straße nicht nur von Lehrkräften überquert wird.

Klaus Egerer (Gebäudewirtschaft) erklärt, dass dieser Punkt noch berücksichtigt wird.

Für **Kreisrat Christian Ell** (CSU) ist dies vor allem eine Kostenfrage. Zudem steht im unteren Bereich ausreichend Platz zur Verfügung, um die Stellplätze wie im Plan dargestellt, zu errichten. Er begrüßt, dass dadurch keine Fahrzeuge auf das Gelände des Gymnasiums fahren müssen. Auch mit Blick auf eine mögliche künftige Nutzung der westlichen Flächen hält er den Vorschlag der Verwaltung für die bessere Lösung und wird diesem zustimmen.

Der **Vorsitzende** ergänzt, dass derzeit noch nicht feststeht, welche Nutzung auf den westlich gelegenen Flächen künftig vorgesehen ist. Dort könnten sich Synergien ergeben und die Möglichkeit, dass ein Parkdeck darüber errichtet wird.

Kreisrat Johann Tiefel (FDP) sieht in der Unterbauung der 5-fach Turnhalle mit Stellplätzen eine einmalige Chance, zusätzlichen Parkraum ohne weiteren Flächenverbrauch zu schaffen. Er weist darauf hin, dass derzeit noch unklar ist, welche weiteren Bauvorhaben in diesem Bereich geplant sind, auch über ein Hallenbad wird seitens der Stadt Langenzenn diskutiert. Außerdem erkundigt er sich, ob die Sporthalle auch für Veranstaltungen der Stadt genutzt werden

können, wofür gegebenenfalls zusätzliche Stellplätze erforderlich wären. Darüber hinaus fragt er, ob in den Planungen Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge vorgesehen sind.

Klaus Egerer erläutert, dass derzeit keine Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge vorgesehen sind. Sobald die Entscheidung über die Parkflächen getroffen wurde, wird sich die Verwaltung mit den Stadtwerken Langenzenn abstimmen. Er betont weiter, dass eine reine Sporthalle errichtet wird, die sich hervorragend für den Vereinssport eignet und für deren Nutzung ausreichend Parkplätze zur Verfügung stehen. Es wird keine Mehrzweckhalle gebaut. Sonderveranstaltungen wären daher nur mit einer Ausnahmegenehmigung möglich.

Kreisrat Johann Tiefel (FDP) informiert über Sonderprogramme zur Nachrüstung von Tiefgaragen bezüglich E-Mobilität die nahezu zu 100 % übernommen werden. Die Verwaltung nimmt den Hinweis auf.

Kreisrat Jörg Bauereiß (AfD) hält die vorgesehene Freifläche für die effektivere und sinnvollere Lösung. Parkplätze im Außenbereich sind für die Öffentlichkeit leichter zugänglich als eine Tiefgarage auf dem Schulgelände. Auch mit Blick auf den weiteren Ausbau sind sie besser nutzbar. Hinsichtlich möglicher E-Ladestationen weist er darauf hin, dass hierfür zusätzliche Brandschutzmaßnahmen erforderlich wären, die zu weiteren Kostensteigerungen führen könnten.

Kreisrat Norbert Schikora (B´90/Die Grünen) fragt, wie der Raum unter der Halle genutzt werden soll, falls dort keine Tiefgarage errichtet wird. **Klaus Egerer** erklärt, an dieser Stelle wird eine Stützwand errichtet und der Bereich verfüllt. Diese Maßnahme ist bereits in der Kostenkalkulation berücksichtigt.

Kreisrätin Anni Schlager (CSU) erkundigt sich, ob das Gymnasium ihre Schulabschlussfeiern in der Sporthalle abhalten darf. **Klaus Egerer** erklärt, dass hierüber die Schule eigenständig entscheiden kann.

Kreisrat Simon Rötsch (B´90/Die Grünen) weist darauf hin, dass in der Vorlage ein noch erforderlicher Grunderwerb genannt wird und es für die Grundstücksverhandlungen hilfreich wäre, eine zusätzliche Option vorzusehen. Der **Vorsitzende** merkt an, dass die Stadt Langenzenn ein kooperativer Ansprechpartner ist.

Beschluss:

Der Bauausschuss beschließt die Errichtung von Parkflächen westlich des geplanten Schulcampus Langenzenn für die Schaffung von ca. 100 Stellplätzen.

Mehrheitlich beschlossen Ja 13 Nein 2

TOP 4	Gymnasium Langenzenn - Errichtung Raummodule; Ausschreibung Möbel - ABGESETZT
--------------	--

Abgesetzt

TOP 5	Neubau Gymnasium Cadolzburg; Aktueller Entwurfsstand und laufende Variantenuntersuchungen (LPH 2)
--------------	--

Klaus Egerer (Gebäudewirtschaft) erläutert die Sitzungsvorlage und informiert über den aktuellen Planungsstand des Raumprogramms, die Bauweise/Tragwerk, das Energiekonzept, die geplanten Stellplätze sowie den Terminplan.

Auf Nachfrage von **Kreisrat Johann Tiefel** (FDP) zur Anzahl der geplanten Stellplätze, antwortet Klaus Egerer, dass nach aktuellem Planungsstand in zwei Teilbereichen 69 Stellplätze und 20 Stellplätze vorgesehen sind. Für Fahrräder ist eine Abstellmöglichkeit im Gebäude geplant.

Kreisrat Johann Tiefel (FDP) bittet um Auskunft über die Anzahl der derzeit am Gymnasium Langenzenn vorhandenen Stellplätze sowie der für den Neubau geplanten Stellplätze.

Die Frage wird schriftlich beantwortet.

Schriftliche Antwort der Verwaltung vom 13.08.2026

Momentan stehen für das Gymnasium Langenzenn insgesamt ca. 60 Parkplätze zur Verfügung. Gemäß Stellplatznachweis und unserer aktuellen Berechnungen werden für das neue Gymnasium Langenzenn 62 Kfz-Stellplätze und für die Realschule 41 Stellplätze benötigt.

Kreisrätin Melanie Plevka (SPD) bittet angesichts des drohenden Lehrermangels und möglicher weiter steigender Klassenstärken zu prüfen, wie viele Räume mit nur 56 qm vorgesehen sind.

Die Frage wird schriftlich beantwortet.

Schriftliche Antwort der Verwaltung vom 13.08.2026

Insgesamt gibt es 7 Klassenzimmer die kleiner als die Standard 66 m² Klassenzimmer sind. Aus den vorliegenden Grundrissen ist eine Einplanung größerer Klassenzimmer nicht möglich. Als Ausgleich für das kleinere Klassenzimmer Nr. 32 steht ein zusätzliches Klassenzimmer Nr. 5 mit 75 m² (statt 66 m²) zur Verfügung. Zudem sind die Oberstufenklassen am Gymnasium in Kursen aufgeteilt, dadurch entstehen kleinere Klassen, sodass kleinere Räume dort sinnvoll einsetzbar sind. Grundsätzlich ist das Maximum an Soll-Fläche für die Klassenräume ausgeschöpft; eine Vergrößerung der Raumgrößen (mit Förderung) ist nicht möglich. Wie die Nutzung der Räume konkret in der Praxis erfolgen wird, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht verbindlich sagen.

Die aktuelle Raumplanung erfolgt auch in enger Abstimmung mit der Regierung und der zuständigen MB-Dienststelle, um eine möglichst effektive förderfähige Raumaufteilung zu schaffen. Wir sind der Ansicht, dass die geplanten Räume in ihren Zuschnitten und Raumgrößen sich auch bei veränderten Rahmenbedingungen sehr gut nutzen lassen werden.

Kreisrat Simon Rötsch (B'90/Die Grünen) lobt den aktuellen Entwurfsstand. Der Ansatz verbindet ökologische Nachhaltigkeit mit Wirtschaftlichkeit und zeigt, dass eine Low-Tech- Herangehensweise zukunftsfähig sei. Dieses Vorgehen wünscht er sich für alle Projekte des Landkreises.

Klaus Egerer informiert, dass die Verwaltung in der Leistungsphase 2 eine massive Skelettbauweise empfiehlt: Die Tragstruktur soll als Stahlbetonskelett ausgeführt werden, ergänzt durch vorgefertigte Holzfassadenelemente (Holzhybridbau). Das Thema Ziegel wurde bislang aus unterschiedlichen Gründen nicht berücksichtigt. Das vorliegende Konzept wird als wirtschaftlichste Variante dargestellt und liegt dem Gremium zur Entscheidung vor. Er betont, dass es bei der heutigen Entscheidung ausschließlich um die Grundkonstruktion geht. Ausgestaltung, Herstellung und das konkrete Material der Außenwände sind nicht Gegenstand der heutigen Entscheidung.

Kreisrat Fritz Ruf (FW) erklärt, dass das Beton-Skelett grundsätzlich in Ordnung ist. Er macht jedoch darauf aufmerksam, dass es Ziegelfertigteile in der Fertigbauweise gibt, die ein deutlich besseres Raumklima als Holz aufweisen.

Kreisrat Johann Tiefel (FDP) erkundigt sich nach dem laufenden Unterhalt der geplanten Holzhybridbauweise. **Klaus Egerer** erläutert, dass derzeit nur die Holzverkleidung der Tafелеlemente als sichtbare, witterungsexponierte Holzbauteile vorgesehen ist. Diese wird nicht lackiert, sondern nur vorlasiert, sodass eine natürliche Verwitterung erfolgt. Begehbare Balkon-

flächen sollen nicht aus Holz ausgeführt werden. Alternativ könnten die Fassadenelemente auch in Ziegel oder mit einem Wärmedämmverbundsystem ausgeführt werden. Er betont, dass diese Detailfragen noch diskutiert und dem Gremium zur Entscheidung vorgelegt werden. Aktuell geht es ausschließlich um die Grundkonstruktion (Tragwerk).

Die konventionelle Bauweise mit Ziegelfertigteilen wird von der Verwaltung in die Variantenbetrachtung aufgenommen und fachlich geprüft.

Kreisrat Simon Fakher (AfD) versteht den Beschlussvorschlag so, dass die Verwaltung den Beton-Skelettbau mit Holzfassadenelementen (Holzhybridbau) zwar zu berücksichtigen, aber nicht zwingend umzusetzen hat.

Kreisrat Simon Rötsch (B'90/Die Grünen) weist darauf hin, dass eine Festlegung auf den Betonskelettbau die geplanten Holzfassadenelemente logisch erscheinen lässt.

Der **Vorsitzende** fasst zusammen, dass das Tragwerk als Beton-Skelettbau vorgesehen ist. Die Formulierung in der Klammer „Betonskelettbau mit Holzfassadenelementen – Holzhybrid-Bau“ wird auf „**Betonskelettbau mit Fassadenelementen**“ geändert, sodass die konkrete Ausführung und das Material der Fassadenelemente offenbleibt. Dies soll in einer der nächsten Sitzungen beschlossen werden. Er lässt über den **geänderten Beschlussvorschlag** abstimmen.

Abstimmung Punkt 1, 2

Beschluss:

1. Der Bauausschuss nimmt die Punkte 1, 4 und 5 zur Kenntnis.
2. Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung, das unter Punkt 2 beschriebene Tragwerkkonzept (Betonskelettbau mit Fassadenelementen) in der Planung und Ausführung des Neubaus des Gymnasiums Cadolzburg weiter zu berücksichtigen.

Mehrheitlich beschlossen Ja 12 Nein 3

Abstimmung Punkt 3

Beschluss:

3. Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung, das unter Punkt 3 beschriebene Lüftungskonzept (natürliche Belüftung) in der Planung und Ausführung des Neubaus des Gymnasiums Cadolzburg weiter zu berücksichtigen.

Einstimmig beschlossen Ja 15 Nein 0

TOP 6 Übernahme von PV-Bestandsanlagen

Clemens Bloß (Geschäftsführer der EnergieAllianz Fürth GmbH) und **Franziska Hofmeister** (Finanzen, Kreiseinrichtungen, Mobilität und Verkehr) stellen die wesentlichen Punkte der Sitzungsvorlage vor und beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder.

Kreisrat Fritz Ruf (FW) fragt, ob der Bau von Speichern sinnvoll wäre. **Franziska Hofmeister** erklärt, dass sich die Verwaltung bereits mit diesem Thema befasst hat. Sie empfiehlt, die Entwicklung zunächst ein Jahr lang zu beobachten und anschließend auf Grundlage der gewonnenen Daten erneut über die Wirtschaftlichkeit von Speichern zu beraten. **Clemens Bloß** ergänzt, dass die Lastgangdaten vom Netzbetreiber angefordert werden könnten. Zusammen mit den

Erzeugungs- und Einspeisedaten lässt sich so ein guter Überblick über die Energieflüsse gewinnen.

Kreisrat Johann Tiefel (FDP) erkundigt sich, ob für den Landkreis ein finanzielles Risiko hinsichtlich des späteren Rückbaus und der Entsorgung der PV-Bestandsanlagen besteht. **Clemens Bloß** erläutert, dass die Gesellschaft dem Landkreis gehört und dieser letztlich für die anfallenden Kosten aufkommen muss. Wie sich die Rückbau- und Entsorgungskosten in den kommenden fünf bis zehn Jahren entwickeln werden, lässt sich derzeit nicht abschätzen. Insbesondere die Entsorgung der Module als Elektroschrott kann künftig höhere Kosten verursachen. Nach heutigem Stand würden sich die Rückbaukosten für die drei Anlagen auf etwa 20.000 € belaufen.

Kreisrat Tiefel fragt, ob nach dem Auslaufen der Förderung für den eingespeisten Strom der aktuelle Marktpreis gilt. **Herr Bloß** erläutert, dass der erzeugte Strom vorrangig in den eigenen Gebäuden verbraucht wird und lediglich der überschüssige Strom in das öffentliche Netz eingespeist wird. Durch den Eigenverbrauch können jährlich Strombezugskosten von etwa 30.000 bis 40.000 € vermieden werden. Zur möglichen Versorgung benachbarter Gebäude erklärt er, dass der Landkreis grundsätzlich Lieferverträge schließen kann. Die gesetzliche Grundlage besteht bereits, die praktische Umsetzung ist derzeit jedoch noch sehr kompliziert und erfordert die Einbindung eines Direktvermarkters.

Auf Nachfrage von **Kreisrat Simon Fakher** (AfD) erläutert **Franziska Hofmeister** das Konstrukt der Interkommunalen Energieallianz im Landkreis Fürth. Der Kreistag hat 2024 beschlossen, gemeinsam mit den Kommunen Cadolzburg und Roßtal eine GmbH & Co.KG zu gründen, an der die drei Gebietskörperschaften jeweils zu einem Drittel beteiligt sind. Die Gesellschaft errichtet und betreibt PV-Anlagen auf den Gebäuden der Beteiligten und übernimmt künftig auch die bestehenden Anlagen. Ziel ist es, finanzielle und personelle Ressourcen zu bündeln und die Stromerzeugung, Wartung und Verwaltung der Anlagen einheitlich zu organisieren. Die Gesellschaft finanziert sich selbst, die Geschäftsführung übernimmt die Energieallianz Fürth GmbH. Die vorgeschlagene Abtretung der Ansprüche aus dem bestehenden Vertrag an die KG erfolgt aus steuerlichen Gründen. Dadurch wird vermieden, dass die Altanlagen zunächst, auch nur kurzzeitig, in das Eigentum des Landkreises übergehen und dort steuerlich erfasst werden müssen. Stattdessen kann die KG die Anlagen unmittelbar übernehmen.

Kreisrat Klaus John (ÖDP) weist darauf hin, dass ältere PV-Anlagen trotz sinkender Leistung weiter genutzt werden können, beispielsweise zum Laden von Elektrofahrzeugen.

Kreisrat Rainer Gegner (SPD) wirbt dafür, dass die Kommunale Energieallianz auch weiteren Kommunen offensteht.

Beschluss:

Die Bestandsanlagen auf den Dachflächen des Landratsamt Zirndorf, Im Pinderpark 2 des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums, der Realschule Zirndorf, der Turnhalle der Realschule Zirndorf, des Gymnasiums Stein und dem Förderzentrum Cadolzburg sowie auf dem Landratsamtsgebäude Zirndorf, Im Pinderpark 5, sollen weiterbetrieben werden.

Der Landkreis tritt seine Ansprüche auf Übernahme der Anlagen aus den Gestattungsverträgen an die Interkommunale Energieallianz im Landkreis Fürth GmbH & Co. KG ab.

Die Verwaltung wird ermächtigt, hierzu die erforderlichen Übertragungs- und Annahmevereinbarungen mit der Interkommunalen Energieallianz im Landkreis Fürth GmbH & Co. KG sowie dem Betreiber der Bestandsanlagen abzuschließen.

Einstimmig beschlossen Ja 15 Nein 0

TOP 7 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Landrat Bernd Obst schließt um 10:46 Uhr die 2. öffentliche Sitzung des Bauausschusses (Sondersitzung).

Zirndorf, den 31.08.2026

Bernd Obst
Landrat

Yvonne Greger
Schriftführer/in